

**2. Vereinbarung
nach § 21 Abs. 7 KHG
zum Verfahren des Nachweises für die Ausgleichszahlungen
nach § 21 Abs. 1 KHG
(2. Ausgleichszahlungsvereinbarung)**

zwischen

dem GKV-Spitzenverband, Berlin,

dem Verband der Privaten Krankenversicherung, Köln,

- gemeinsam -

und

der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Berlin

Präambel

Mit dem Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) vom 27.03.2020 hat der Gesetzgeber den GKV-Spitzenverband, den Verband der Privaten Krankenversicherung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (nachfolgend: die Vertragsparteien) mit § 21 Abs. 7 KHG beauftragt, das Nähere zum Verfahren des Nachweises der Zahl der täglich voll- oder teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten im Vergleich zum Referenzwert für die Ermittlung und Meldung nach § 21 Abs. 2 KHG zu vereinbaren. Diese Vereinbarung regelt auch die Meldung nach § 21 Abs. 5 KHG über zusätzliche intensivmedizinische Behandlungskapazitäten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat mit der „Verordnung zur Änderung der Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser aufgrund von Sonderbelastungen durch das Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19-Ausgleichszahlungs-Anpassungs-Verordnung - AusglZAV) vom 03.07.2020“ differenzierte Pauschalen für die Ermittlung der Ausgleichszahlungen festgelegt. Der daraus folgende Anpassungsbedarf wird von den Vertragsparteien mit dieser Vereinbarung umgesetzt.

§ 1

Grundlagen des Verfahrens

- (1) Gemäß § 21 Abs. 2 KHG ermitteln die Krankenhäuser die Höhe der Ausgleichszahlungen, indem sie täglich für die Kalendertage ab dem 16.03.2020 von der Zahl der im Jahresdurchschnitt 2019 pro Tag voll- oder teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten (Referenzwert) die Zahl der am jeweiligen Tag voll- und teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten abziehen. Sofern das Ergebnis größer als Null ist, ist dieses mit tagesbezogenen Pauschalen zu multiplizieren.
- (2) Für Kalendertage ab dem 13.07.2020 erfolgt die Ermittlung der Ausgleichszahlungen auf der Grundlage der AusglZAV differenziert nach Krankenhäusern und den Leistungsbereichen des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntgG) und der Bundespflegesatzverordnung (BPfIV) festgelegten Beträgen. Das Nähere zur Umsetzung der Ausgleichszahlungen ab dem 13.07.2020 wird mit dieser Vereinbarung geregelt.
- (3) Für die Ermittlung der Ausgleichszahlungen sind gesonderte Referenzwerte für die Leistungsbereiche des KHEntgG und der BPfIV erforderlich. Die Referenzwerte sind daher gesondert für die beiden Bereiche nach § 2 zu ermitteln und nach § 5 an die Landesbehörden zu melden.
- (4) Die Ausgleichszahlungen sind nach den Vorgaben in § 4 gesondert für die Leistungsbereiche des KHEntgG und der BPfIV zu berechnen und nach den Vorgaben in § 5 an die Landesbörden zu melden.

- (5) Die Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge ist gemäß § 5 gegenüber den Landesbehörden zu melden und nachzuweisen. Diese Meldung bildet die Grundlage für die Auszahlung der Landesbehörden an das Krankenhaus.

§ 2

Ermittlung des Referenzwerts

- (1) Gemäß § 21 Abs. 2 KHG ermitteln die Krankenhäuser als Referenzwert für die Berechnung der Ausgleichszahlungen in 2020 die im Jahresdurchschnitt 2019 pro Tag voll- oder teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten. Für die Berechnung der Ausgleichszahlungen ab dem 13.07.2020 sind für die Leistungsbereiche des KHEntgG und der BPfIV gesonderte Referenzwerte zu ermitteln.
- (2) Bei vollstationären Behandlungen ist der Aufnahmetag und jeder weitere Behandlungstag mit Ausnahme des Entlassungstages zu berücksichtigen. Bei Entlassung am Aufnahmetag ist der Aufnahmetag als Behandlungstag zu zählen. Bei teilstationärer Behandlung ist der Aufnahmetag und jeder weitere Behandlungstag zu berücksichtigen.
- (3) Die gesonderten Referenzwerte für die Leistungsbereiche des KHEntgG und der BPfIV entsprechen den durchschnittlichen Behandlungstagen im Jahr 2019 im jeweiligen Bereich. Die nach Absatz 2 ermittelte Anzahl der Behandlungstage im jeweiligen Leistungsbereich ist daher durch 365 zu dividieren. Das Ergebnis ist kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen zu runden und bildet den „Referenzwert Krankenhausentgeltgesetz“ bzw. den „Referenzwert Bundespflegesatzverordnung“ für die weiteren Berechnungen.

§ 3

Ermittlung der Zahl der täglich behandelten Patientinnen und Patienten

- (1) Gemäß § 21 Abs. 2 KHG ermitteln die Krankenhäuser täglich die Zahl der am jeweiligen Tag voll- und teilstationär behandelten Patientinnen und Patienten. Die Ermittlung nach Satz 1 hat gesondert für die Leistungsbereiche des KHEntgG und der BPfIV zu erfolgen.
- (2) Hierzu sind die Patientinnen und Patienten zu zählen, die sich am jeweiligen Kalendertag in voll- und teilstationärer Behandlung im jeweiligen Leistungsbereich befinden. Analog zu der Zählweise nach § 2 Absatz 2 sind bei vollstationärer Behandlung die Entlassungstage nicht zu berücksichtigen. Dies gilt auch im Leistungsbereich der BPfIV bei Anwendung des PEPP-System.
- (3) Die Anzahl der Patientinnen und Patienten am jeweiligen Kalendertag ist für voll- und teilstationäre Behandlungen gemäß der in Anlage 2 dargestellten Systematik anzugeben.

§ 4

Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge

- (1) Die nach § 3 in 2020 ermittelte Anzahl der voll- und teilstationären Behandlungstage ist je Kalendertag mit dem jeweiligen Referenzwert nach § 2 Absatz 3 abzugleichen. Sofern die Anzahl der Behandlungstage an einem Kalendertag in einem der beiden Leistungsbereiche niedriger ist als der Referenzwert, erfolgt für diesen Kalendertag ein Ausgleich.
- (2) In den jeweiligen Leistungsbereichen ist je Kalendertag vom Referenzwert nach § 2 Absatz 3 die Summe der Behandlungstage nach § 3 Absatz 3 abzuziehen.
- (3) Sofern die Differenz nach Absatz 2 an einem Kalendertag größer als Null ist, berechnet sich die Höhe des tagesbezogenen Ausgleichsbetrages durch Multiplikation dieser Differenz mit der für das Krankenhaus und den Leistungsbereich geltenden Pauschale gemäß § 1 Abs. 1 und 2 AusglZAV.
- (4) Die tagesbezogenen Ausgleichsbeträge sind für alle Kalendertage zu ermitteln. Der Ausgleichsbetrag für eine Kalenderwoche ist als Summe aller tagesbezogenen Ausgleichsbeträge der jeweiligen Woche zu berechnen.

§ 5

Meldung und Nachweis

- (1) Für die Meldung der Höhe der Ausgleichszahlung nach § 21 Abs. 7 KHG sowie des Finanzierungsbetrages nach § 21 Abs. 5 KHG haben die Krankenhäuser die folgenden Daten und Informationen an die Landesbehörden zu übermitteln. Die Landesbehörden können die Daten und Informationen nach Satz 1 unter Berücksichtigung des Datenschutzes den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen sowie den Landeskrankenhausesgesellschaften sowie den Vertragsparteien nach § 17b Abs. 2 Satz 1 KHG quartalsweise zur Verfügung stellen.
- (2) Die Übermittlung umfasst alle Kalendertage ab dem 13.07.2020 bis zum 30.09.2020. Die Meldung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge (Anlage 2) ist wochenweise und möglichst innerhalb von zwei Werktagen nach Abschluss einer Kalenderwoche zu übermitteln.
- (3) Die erneute Meldung zum Referenzwert an die Landesbehörde (Anlage 1) hat mit der erstmaligen Übermittlung der Ausgleichszahlungen gemäß dieser Vereinbarung zu erfolgen. Die Vertragsparteien empfehlen den Landesbehörden, in Fällen, in denen die jahresdurchschnittlichen Behandlungstage im Jahr 2019 deutlich von der üblichen Belegung des jeweiligen Krankenhauses abweichen, unter Einbeziehung der Vertragsparteien nach § 18 Abs. 2 KHG den Referenzwert entsprechend anzupassen.
- (4) Die Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten nach § 3 sowie die tagesbezogenen Ausgleichsbeträge nach § 4 sind für alle Kalendertage der abgelaufenen Kalenderwoche zu

übermitteln. Die Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge ist mit Angabe des Datums entsprechend der Anlage 2 darzulegen.

- (5) Die Daten sind für die Übermittlung entsprechend den Anlagen 1 und 2 darzustellen.
- (6) Die Landesbehörden können zum Nachweis eine Plausibilisierung und Überprüfung der Meldungen nach Anlage 1 und 2 anhand der nach § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 KHEntgG übermittelten Daten der Jahre 2019 und 2020 durchführen.
- (7) Die Meldung nach Anlage 2 umfasst auch die Angaben nach § 21 Abs. 5 KHG zu den von den Krankenhäusern mit Genehmigung der für die Krankenhausplanung zuständigen Landesbehörden bis zum 30.09.2020 zusätzlich geschaffenen intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit. Der zu meldende Betrag ergibt sich aus der Anzahl der bis zum Ende der jeweiligen Kalenderwoche zusätzlich aufgestellten oder vorgehaltenen Betten multipliziert mit dem nach § 21 Abs. 5 Satz 1 KHG festgelegten oder eines durch Rechtsverordnung nach § 23 Satz 1 Nr. 2 KHG vorgegebenen Betrags. Eine wiederholte Berücksichtigung der zusätzlichen intensivmedizinischen Behandlungsbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit ist nicht möglich.

§ 6

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt. Die Vertragsparteien werden die ungültige Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem Zweck der ungültigen Bestimmung möglichst nahekommt.

§ 7

Inkrafttreten und Kündigung

- (1) Die Vereinbarung tritt am 13.07.2020 in Kraft. Sie ersetzt die Ausgleichszahlungsvereinbarung vom 02.04.2020 und gilt für die Ermittlung und Meldung der Ausgleichszahlungen für Kalendertage ab dem 13.07.2020. Für die Ermittlung und Meldungen der Ausgleichszahlungen für die Kalendertage bis zum 12.07.2020 gilt die Vereinbarung vom 02.04.2020 fort.
- (2) Die Vereinbarung kann zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden. Die Vereinbarung gilt bis zu einer Neuvereinbarung fort.

Berlin, Köln, 08.07.2020

GKV-Spitzenverband

Verband der Privaten Krankenversicherung

Deutsche Krankenhausgesellschaft

Anlage 1: Ermittlung der Referenzwerte 2019 ab dem 13.07.2020

Krankenhaus (Name, Anschrift):	
Ansprechpartner (Name, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)	
IK:	
Kontonummer:	

Nr.	Ermittlung der durchschnittlichen voll- und teilstationären Behandlungstage pro Tag im Jahr 2019	Behandlungstage
1	2019 gesamt	
1.1	davon: KHEntgG/DRG (Somatik)	
1.1.1	davon: vollstationär	
1.1.2	davon: teilstationär	
1.2	davon: BpflV/PEPP (Psych-Bereich)	
1.2.1	davon: vollstationär	
1.2.2	davon: teilstationär	

2	Referenzwerte	
2.1	Referenzwert Krankenhausentgeltgesetz (1.1 / 365)	
2.2	Referenzwert Bundespflegegesetzverordnung (1.2 / 365)	

Hiermit wird die Richtigkeit der obigen Angaben bestätigt.

Name:

Datum:

Unterschrift:

Anlage 2: Meldung nach § 21 Abs. 2 und Abs. 5 KHG ab dem 13.07.2020

Tabelle 1: Ermittlung der tagesbezogenen Ausgleichsbeträge

Krankenhaus (Name, Anschrift):	
Ansprechpartner (Name, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)	
IK:	
Kontonummer:	
tagesbezogene Pauschale KHEntgG	
tagesbezogene Pauschale BPfIV	

A) Meldung Bereich: Krankenhausentgeltgesetz

Nr.		Tag 1	Tag 2	Tag 3	Tag 4	Tag 5	Tag 6	Tag 7	Ausgleichsbetrag pro Kalenderwoche
1	Datum								
2	Behandlungstage KHEntgG/DRG (Somatik) gesamt								
2.1	davon: vollstationär								
2.1	davon: teilstationär								
3	Referenzwert 2019 Krankenhausentgeltbereich								
4	Differenz (Referenzwert 2019 – Nr. 2)								
5	Ausgleichsbetrag pro Tag Krankenhausentgeltgesetz (Nr. 4 * tagesbezogene Pauschale KHEntgG)								Summe KHEntgG: Tag 1 bis Tag7

B) Meldung Bereich: Bundespflegegesetzverordnung

Nr.		Tag 1	Tag 2	Tag 3	Tag 4	Tag 5	Tag 6	Tag 7	Ausgleichsbetrag pro Kalenderwoche
6	Datum								
7	Behandlungstage BPfIV gesamt:								
8.1	davon: vollstationär								
8.1	davon: teilstationär								
9	Referenzwert 2019 Bundespflegegesetzverordnung								
10	Differenz (Referenzwert 2019 – Nr. 7)								
11	Ausgleichsbetrag pro Tag Bundespflegegesetzverordnung (Nr. 10 * tagesbezogene Pauschale BPfIV)								Summe BPfIV: Tag 1 bis Tag7
12	Ausgleichsbetrag pro Tag gesamt: (Nr. 5 + Nr. 11)								Gesamtsumme: Tag 1 bis Tag7

Hiermit wird die Richtigkeit der obigen Angaben bestätigt.

Name:

Datum:

Unterschrift:

Tabelle 2: Bereitgestellte Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit

	nachrichtlich: zum 01.03.2020 vorgehaltene Anzahl der Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit	
1	Bisher vorgehaltene Anzahl der Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit (Stand Sonntag der letzten Kalenderwoche)¹	
2	Aktuell vorgehaltene Anzahl der Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit (Stand Sonntag dieser Kalenderwoche)	
3	Anzahl erstmalig bereitgestellter und genehmigter Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit (Differenz 1 und 2)	
4	Finanzierungsbetrag der Kalenderwoche (Nr. 3 x [geltender Förderbetrag])	

Hiermit wird die Richtigkeit der obigen Angaben bestätigt.

Name:

Datum:

Unterschrift:

¹ In der Zeile 1 der Meldung der ersten Kalenderwoche vom 16.03.2020 bis 22.03.2020 ist als Anzahl bisher vorgehaltener Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit der Stand zum 01.03.2020 anzugeben.